



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Fortsetzung von Studium und Lehre ukrainischer Geflüchteter an der Ukrainischen Freien Universität München

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Ukrainische Freie Universität München dabei zu unterstützen, den aus der Ukraine geflüchteten Studierenden und Dozierenden die Fortsetzung ihres Studiums bzw. ihrer Forschungs- und Lehrtätigkeit ermöglichen zu können. Hierzu sind insbesondere folgende Aspekte zu berücksichtigen:

1. Ausbau an Studien- und Lehrkapazitäten:
 - Ausbau des Studienangebots (z. B. weitere Fakultäten) und der Online-/Hybrid-Lehrangebote
 - Erweiterung der vorhandenen Räumlichkeiten
 - Schaffung von Stipendien für Studierende und (Übergangs-)Stellen für Dozierende
 - Erweiterung des Angebots von Sprach- und Integrationskursen
 - Ausbau der Hochschulkooperationen, beispielsweise mit der Technischen Universität München (TUM) oder der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München
2. Bereitstellung einer wirkungsvollen Finanzierung
 - (Übergangsweise) Übernahme der Kosten für die Ausweitung des Studienangebots durch den Freistaat
 - Bereitstellung notwendiger Ressourcen für das Studium (z. B. Laptop, Internetzugang, etc.)
 - Prüfung einer Aufnahme der Ukrainischen Freien Universität in das Angebot des Studentenwerks (Mensen, psychologische Beratungsstelle, etc.)
3. Bereitstellung einer Unterkunft
 - Bereitstellung von zusätzlichen Wohnmöglichkeiten für geflüchtete Studierende
 - Schaffung von Betreuungsangeboten für die Kinder der Studierenden

Begründung:

Die aktuelle Lage in der Ukraine veranlasst viele Menschen, vor allem Frauen und Kinder, zur Flucht in die Europäische Union. Unter diesen Geflüchteten befinden sich auch zahlreiche Studierende (derzeit weitgehend Studentinnen) sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, denen es ermöglicht werden sollte, ihr Studium bzw. ihre Forschungs- und Lehrtätigkeit fortzusetzen. Dies ist nicht nur aus humanitären Beweggründen erstrebenswert, sondern schafft auch Perspektiven für die Zukunft dieser Men-

schen, die auf lange Sicht einen entscheidenden Beitrag zum Wiederaufbau der Ukraine leisten können. Als weltweit einzige Hochschule außerhalb der Ukraine mit Ukrainisch als Unterrichtssprache könnte die Ukrainische Freie Universität in München dafür eine geeignete Anlaufstelle bieten, da hier in sprachlicher Hinsicht ein möglichst reibungsloser und niederschwelliger Übergang für die Studierenden wie auch für die Lehrenden ermöglicht werden kann.

Aus diesem Anlass wird die Staatsregierung dazu aufgefordert, jenseits der im Ministerrat vom 2. März 2022 bereits beschlossenen finanziellen Mittel anhand von finanziellen, personellen und administrativen Maßnahmen speziell die Ukrainische Freie Universität beim Ausbau von Studien- und Lehrkapazitäten zu unterstützen. Hierbei sollte insbesondere die Unterstützung der Studierenden beispielsweise durch eine Ausweitung der Unterbringungsmöglichkeiten, der Studienkapazitäten, der Beratungsangebote oder der Bereitstellung von studienrelevanten Ressourcen in Betracht gezogen werden. In die Überlegungen sollte auch der Ausbau der Hochschulkooperationen zwischen der Ukrainischen Freien Universität in München und staatlichen Hochschulen einbezogen werden.